



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/46

23. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Adenauer will unterzeichnen	S. 1
Um Japans Friedensvertrag	S. 3
Dr. Seebohms Utopia in der Lüneburger Heide	S. 4
Zu dem Problem: "Rotjacken"	S. 6
Den Namen eines SPD-Abgeordneten mißbraucht	S. 7

Ohne Rücksicht auf Verluste . . .

sp. Sehr plötzlich ist jetzt die Rede davon, dass die Paraphierung des Schuman-Plans bevorstehe, nachdem in den letzten Tagen die Meinung überwog, es werde damit noch gute Weile haben. Der Bundeskanzler hat die Beschleunigung mit aussenpolitischen Notwendigkeiten begründet, ohne diese näher zu erläutern. Gemeint hat er offenbar vor allem den angeblich symbolhaften Wert eines solchen Vertrages für den Gedanken des europäischen Zusammenschlusses. Es ist in den Berichten, die auf Anregungen aus der unmittelbaren Umgebung des Kanzlers zurückgehen, auch die Rede davon, dass hinter diesem übergeordneten Gesichtspunkt sachliche Einzelbedenken der Beteiligten zurückzutreten hätten.

Aber diese Bedenken sind sehr erheblich, ja teilweise von entscheidendem Gewicht für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in Europa und speziell in Deutschland. Und es scheint ausserordentlich gefährlich, um einer effektvollen Geste willen Einwände von entscheidender Bedeutung sozusagen "ohne Rücksicht auf Verluste" beiseite-zu-schieben. In deutschen Gewerkschafts- und Industriekreisen hat man nach wie vor trotz vieler beruhigender Versicherungen von der Seite, die an der Einbringung eines politischen Erfolges oder dessen, was sie darunter versteht, interessiert ist, den Eindruck einer wohl für die Franzosen, keineswegs aber für Europa optimalen Lösung. Das aber kann nicht der Sinn und der Charakter eines Vertragswerkes sein, das beispielhaft am

Beginn einer wirklich ernst zu nehmenden Zusammenfassung der europäischen Kräfte stehen sollte.

Bei der geplanten "Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft" handelt es sich um das Bemühen, auf einem Spezialgebiet eine Form der europäischen Zusammenarbeit zu finden, ohne dass schon eine nennenswerte Grundlage für die Schaffung einer europäischen Gemeinschaftsge-sinnung besteht, die nicht Folge, sondern Ausgangspunkt eines solchen auch nur auf Teilgebiete gerichteten Bestrebens sein müsste. Das gilt auch auf einem anderen, dem militärischen Sondergebiet für den Bruder des Schuman-Plans, den Pleven-Plan, der an dem gleichen Mangel krankt. Wenn gegenüber den Kritikern beider Projekte eingewandt wird, sie über-sähen, dass man den Weg von der Teillösung zur Gesamtlösung und nicht umgekehrt zu gehen habe, so trifft das nur im Technischen zu. Da es sich bei dem ganzen Problem aber primär um den Ausdruck einer inneren Haltung und einer neuen, fast revolutionären Gesinnung handeln soll-te, geht der Einwand daneben, denn gerade Schumanplan und Plevenplan beweisen, dass diese neue Gesinnung in Wirklichkeit weder bei ihrer Konzeption, noch bei der Ausfüllung ihres Rahmens mit einem festen Inhalt Pate gestanden hat.

Es würde den Rahmen dieser Bemerkungen sprengen, wollte man die übrigens immer wieder aufgeworfenen Einwände gegen das Vorhaben, so-wie es bisher bekannt geworden ist, im einzelnen aufzuführen und begrün-den. Sie beziehen sich unter anderem vor allem auf die noch offene Frage der Verbundwirtschaft, das heisst der für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Frage, wie weit die Eigenversorgung der deutschen Stahlindustrie durch hütteneigenen Koks garantiert bleibt, das Fort-bestehen einer zentralen deutschen Kohlenverkaufsorganisation, die an-gesichts der staatlich gestrafften Regelung dieser Frage in Frankreich unerlässlich erscheint, die Ablösung der Ruhrbehörde durch die künf-tige hohe Behörde der Montan-Organisation und deren Zuständigkeits- und Funktionsbereich und das Problem der Ausgleichskasse, also der Ein-richtung, über die für belgische Gruben, welche stillgelegt werden sollen, Entschädigungen, oder für solche, die noch modernisiert wer-den können, Kapitalien aufgebracht werden müssen.

Soviel Themen, soviel Ungewissheiten. Jedenfalls erscheint es, aufs Ganze gesehen, nicht begreiflich, daß die Regierung bereit ist, und sogar darauf drängt, einen Vertrag dieser Art vorzuunterzeichnen. Der Weg bis zur endgültigen Unterschrift und der Ratifizierung durch das Parlament ist freilich noch weit. Auf ihm wird sich erst die vol-le Wucht der Kritik ganz entfalten.

Das glücklichere Japan

f. Der japanische Premier Yoshida hatte allen Grund, den ritterlichen Geist des amerikanischen Sonderbotschafters John Foster Dulles zu rühmen. Die weitreichenden Besprechungen für einen japanisch-amerikanischen Friedensvertrag haben ein Maß an amerikanischen Entgegenkommen gezeigt, das vor einem oder zwei Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Der japanische Verhandlungspartner ist gegenüber Amerika in einer ausserordentlich starken Position, vorerst noch weniger wegen seiner potentiellen Kraft als wegen seiner einzigartig strategischen Lage vor einem weitgehend roten Kontinent. Washington ist entschlossen, mit seinem gefährlichsten Gegner von gestern einen Friedensvertrag zu schliessen, auch wenn nicht nur die Sowjetunion und das kommunistische China, sondern selbst seine Alliierten des zweiten Weltkrieges nicht mitspielen. Yoshida kannte diese äusserst vorteilhafte Tatsache zur Genüge vor dem Besuch des Botschafters Dulles. Sie hat ihm das Verhandeln beträchtlich erleichtert.

Vor seinem Abschied aus Tokio hat Dulles das Ergebnis seiner Besprechungen mit der japanischen Regierung zusammengefasst: "Wir sehen einen Friedensvertrag vor, der in klaren Worten den Krieg formell beendet, Japan die volle Souveränität zurückgibt, den räumlichen Bereich dieser Souveränität umreißt, die künftige Mitgliedschaft Japans in den Vereinten Nationen vorsieht, die angeborenen Rechte der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung anerkennt, vorläufige Handelsbeziehungen vor Abschluss permanenter Abkommen ermöglicht und die Ansprüche regelt."

Es war von vornherein klar, dass Amerika von Japan Gegenleistungen in Form militärischer Stützpunkte in und um Japan fordern würde. Dulles, ein ausgesucht geschickter Diplomat, hat diese amerikanische Forderung in die schöne Formel gekleidet, er sei von Washington ermächtigt, der japanischen Regierung zu sagen, dass die Vereinigten Staaten die Beibehaltung amerikanischer Streitkräfte in und um Japan in freundlichem Geiste erwägen würden. Yoshida hat begriffen, dass die Zeit gekommen ist, das Pochen auf den Waffenverzicht-Paragrafen der japanischen Verfassung nun zu unterlassen: "Wir erkennen vollkommen

unsere Verantwortung für unseren Schutz und die Verteidigung unseres Landes."

Dulles hat angekündigt, dass er nach seiner Rückkehr die amerikanischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Japan mit dem sowjetischen Delegierten Malik besprechen werde. Das ist eine reine Formalität, weil offiziell nach amerikanischer Auffassung die Washingtoner Fernost-Kommission der zwölf an Japan interessierten Staaten für diesen Friedensvertrag zuständig ist. Dulles hat selbstverständlich nicht die geringste Hoffnung, bei Malik Verständnis zu finden. Die Etappen seines Rückfluges von Tokio - Manila, Canberra und Wellington - haben ihm keinen Zweifel darüber gelassen, dass die amerikanischen Pläne für Japan auf den Philippinen, in Australien und Neuseeland auf mehr oder minder grosse Abneigung stossen. Er hat in den Hauptstädten der drei pazifischen Staaten schwerwiegende Einwände hören müssen, die Washington nicht ohne weiteres in den Wind schlagen kann. Aus England kommen bereits ernste Warnungen. Man befürchtet in der englischen Hauptstadt, dass es über die japanische Frage innerhalb des Westens zu einem neuen Konflikt kommen kann, der nicht weniger ernst werden könnte als der über die chinesische Frage.

Die Parallelität der amerikanischen Haltung in der Frage der japanischen und der deutschen Wiederaufrüstung ist zu auffallend, als dass die Reaktion in den übrigen Staaten des Westens allzu überraschend wäre. Aber so gross auch die Schwierigkeiten Washingtons sein mögen, die Amerikaner werden sich durchzusetzen wissen. Sie haben in der westlichen Welt genügend Übergewicht und haben weitreichende Möglichkeiten und Mittel, die japanische Bereitwilligkeit zu einem wahrscheinlich hohen Preis zu gewinnen. Andererseits befindet sich Japan, dessen Schicksal seit der Kapitulation mit dem Deutschlands in vielem ähnlich ist, in einer weit glücklicheren Lage als wir. Es hat - ungeteilt - im wesentlichen nur einem Herrn zu dienen und zwar einem Herrn, der auf dem Wege ist, den Diener zum Freund und Helfer zu machen.

+ + + + +

Dr. Seebohm's Utopia

66. Es zählt zu den hervorstechendsten Eigenschaften von Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, dass er sehr oft von sich reden macht, leider nicht immer in der fachlich qualifizierten Weise, wie man es von

einem Minister erwarten könnte. Seine neueste Eskapade hat er ins Reich der Luftfahrt gemacht. Niedersachsen braucht einen Flugplatz. Das müsste, so meint nun Seeborn, ein ganz moderner sein, der auch Flugzeugen mit Düsenantrieb genüge. Und dieser Superflughafen müsse gleich gut und gleich schnell von Hamburg, Bremen, Lübeck, Kiel, Hannover und Braunschweig erreicht werden können. Die Kosten würden wahrscheinlich 100 Millionen DM überschreiten.

Die schöpferische Fantasie Dr. Seeborns in Ehren, aber auch ein Bundesminister sollte mitunter auf dem Boden der Realitäten bleiben. Die Realitäten sehen aber so aus: Dieser Superverkehrsflugplatz, der infolge der fortschreitenden Technik sicher einmal kommen wird, existiert noch nicht einmal in den Vereinigten Staaten, die, wenn er jetzt schon notwendig wäre, ihn sicherlich bereits gebaut hätten.

Regulären Passagierverkehr mit Düsenflugzeugen gibt es noch nicht. Er wird vermutlich noch einige Zeit auf sich warten lassen. Ob ein solcher Flughafen, würde er einmal gebaut, in etwa gleicher Entfernung von den sechs Großstädten richtig läge, wagen wir zu bezweifeln. Er müsste, wenn man Seeborns Gedanken weiterführt, etwa in der Gegend von Soltau liegen. Die Praxis hat gelehrt, dass ein Flughafen mit mehr als 30 km Entfernung von einer Großstadt von den internationalen Luftverkehrsgesellschaften nicht mehr angeflogen wird, weil der Zubringerdienst unrentabel und für den Passagier zu zeitraubend wird. Die Entfernung zwischen Soltau einerseits und den genannten Städten andererseits beträgt (in Luftlinie) bei Hamburg, (das bereits einen Flughafen hat), Bremen und Hannover 70 km, Braunschweig 100 km, von Lübeck und Kiel ganz zu schweigen. Soltau würde also ein Flugplatz ohne Flugzeuge werden.

In Niedersachsen beurteilt man die Dinge nüchterner. Es gibt wohl zwei Flughäfen, Wunstorf und Bückeburg, über beide verfügt aber ausschliesslich die Besatzungsmacht. Die niedersächsische Regierung hat sich nach Rücksprache mit allen interessierten Kreisen für den Ausbau des ehemaligen Flughafens Langenhagen bei Hannover entschlossen. Das würde rund 9 bis 10 Millionen DM erfordern. Sowohl das Land Niedersachsen als auch die Stadt Hannover sind bereit, finanziell zum Aus-

ben beizutragen. Natürlich müsste auch das Bundesverkehrsministerium beisteuern. Aber das verweigert Minister Seebohm, weil er sich das Utopia in der Lüneburger Heide in den Kopf gesetzt hat.

Oder sollte dieser 100-Millionen-Plan von dem Gedanken befruchtet worden sein, dass Soltau der Wahlkreis des Bundesverkehrsministers ist?

Wahrheit und Gerechtigkeit

-e. Der "Arbeitsring für Wahrheit und Gerechtigkeit" hat sich sehr energisch für die Überprüfung der Urteile der amerikanischen Gerichte in Deutschland und ebenso entschlossen gegen die Ausführung der erneut bestätigten Todesurteile eingesetzt. Das ist ein Bemühen, das Parlament und Regierung der Bundesrepublik voll unterstützt haben. Es ist unmenschlich und wider das Recht, Männer, die zum Tode verurteilt wurden, Jahre auf die Vollstreckung warten zu lassen. Es ist auch an der Zeit, einen Strich unter die Kriegsverbrecherprozesse zu ziehen und das mit den Mitteln der Gnade zu tun, wo die Mittel des Rechts es nicht erlauben.

McCloy und General Handy haben das in ihren Funktionen als oberste amerikanische Gerichtsherren in Deutschland getan. Nach unserer Meinung hätten sie auch die restlichen sieben Todesurteile in lebenslängliche Haftstrafen umwandeln sollen, einfach weil es nicht angeht, die Verurteilten in einem Land, das die Todesstrafe abgeschafft hat, Jahre nach der Fällung des Urteils zu hängen. Glaubte man, auf die Todesstrafe nicht verzichten zu können, so hätte man die Möglichkeit gehabt, sie ausserhalb Deutschlands zu vollstrecken. Wenn sie damit glimpflicher davongekommen wären als Männer, die vielleicht weniger Schuld trugen, aber 1945, 1946 oder -47 hingerichtet wurden, so muss das in Kauf genommen werden. Es ist Zeit, dem Recht auch auf der Ebene der Militärtribunale wieder einen eindeutigen Ausgangspunkt zu geben.

Wir stehen aber nicht an, uns scharf dagegen zu wenden, wenn jetzt mit dem Eintreten für die Landsberger Rotjacks der Versuch unternommen wird, die Schuld dieser Verurteilten zu mildern, zu bestreiten oder sie gar zu Märtyrern zu erheben. Der "Arbeitsring für Wahrheit und Gerechtigkeit" hat das z.B. in seinem "Vierten Brief" getan. Über Ohlendorf, der

wie Pohl auch nach deutschem Strafrecht ein Mörder ist, steht in diesem Brief u.a."...so wurde der Versuch guter Taten zum Verhängnis seines Lebens". Es wird versucht, Ohlendorf als ein Opfer der Umstände darzustellen. In der Wirkung heisst das: Nicht der Mörder ist schuld, sondern die Ermordeten. In Nürnberg war sicher nicht alles rechtens, was als Recht erkannt wurde. Es ist aber ein schlechter Dienst an der Wahrheit und Gerechtigkeit, wenn jetzt in Deutschland versucht wird, zu bestreiten, dass in und im Namen Deutschlands schwerste Verbrechen von Deutschen begangen worden sind. Wir sehen schon die Reihe der Tatsachenberichte unter dem Titel: "Unschuldig zum Tode verurteilt". Wahrheit und Gerechtigkeit würden damit nur erneut vergewaltigt werden. Wenn geschäftige illustrierte Zeitschriften in Deutschland auf diesen Wegen gehen, so erübrigt es sich, über ihre Gesinnung oder ihren Geschmack zu diskutieren. Doch ein "Arbeitsring für Wahrheit und Gerechtigkeit" sollte sich der Verpflichtung seines Namens bewusst bleiben.

+ + + + +

Den Namen eines SPD-Abgeordneten missbraucht

sp. Das "Neue Deutschland" brachte vor wenigen Tagen einen Bericht aus Stuttgart, der mit den Worten begann:

"Kriegsdienstverweigerung? Ja! - Remilitarisierung? Nein! - Die Internationale der Kriegsdienstgegner ruft auch Sie zur Volksabstimmung über die Remilitarisierung. Sind Sie für friedlichen Aufbau oder wollen Sie lieber Soldat sein?" Plakate mit dieser Aufschrift fordern in den Strassen Stuttgarts alle Einwohner auf, sich in Unterschriftenlisten gegen die Remilitarisierung einzutragen. Dieser Aufruf ist unterzeichnet von dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Wenzel, dem Präsidenten der deutschen Zweigstelle der Internationale der Kriegsdienstverweigerer.

Dazu erklärt Dr. Fritz Wenzel, wahr an alledem sei lediglich, dass die auf dem Flugblatt angegebene Funktion stimmt. Völlig unbekannt sei ihm aber der Text des Flugblattes. Niemals habe ihm irgend jemand etwas derartiges zugeschickt. Er macht mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, dass für seine Freunde und ihn die Fragen einer deutschen Wiederbewaffnung und der Kriegsdienstverweigerung ausschliesslich Fragen einer persönlichen Gewissensentscheidung seien, bestimmt von den ethischen und religiösen Auffassungen des einzelnen. Sie lehnten es ab, diese Fragen unter ausschliesslich politischen Gesichtspunkten zu sehen, besonders dann, wenn dabei versucht werde, in einer ganz einseitigen und entstellenden Form mit persönlichen Auffassungen politische Propaganda zu treiben.

+ + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt